

Zerstörung der Lebensgrundlagen als Fluchtursachen

Redescript zum Vortrag von Thomas Gebauer (medico international), in Herrenberg am 8.10.15

I. Ausnahmezustand als Normalität

Wir alle haben die Bilder noch vor Augen: Flüchtlinge, die an europäischen Bahnhöfen stranden; eilig hochgezogene Stacheldrahtverhaue; Menschengruppen, die zu Fuß über Autobahnen ziehen; provisorische Lager allerorten.

Es sind Bilder dieses Sommers, mit denen ein Problem zurück ins öffentliche Bewusstsein gelangt ist, das lange Zeit verdrängt gewesen war: das millionenfache Elend von Menschen, die sich auf der Flucht vor Krieg, Umweltzerstörung oder Hunger befinden.

Wer sich in den vergangenen Jahren nicht mit den prekären Verhältnissen, die in der Welt herrschen, beschäftigt hat, musste von dem Ausmaß der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen nicht unbedingt etwas mitbekommen haben. Mit der Verschärfung der Asylgesetze in den 90er Jahren und der militärischen Abschottung der europäischen Außengrenzen in den 2000er waren Flucht und Migration hierzulande weitgehend unsichtbar gemacht worden.

Das hat sich mit der Flucht von Menschen über den Balkan zu uns dramatisch verändert. Mit Folgen, die noch kaum absehbar sind. Ermutigend ist ohne Frage die von so vielen gezeigte Bereitschaft, sich schützend vor Flüchtlinge zu stellen. Dennoch spricht leider einiges dafür, dass das Sommermärchen der „Willkommenskultur“ schon bald wieder zu Ende sein wird. Und die Gegenreaktionen, die sich bereits zeigen, stimmen alles andere als hoffnungsvoll:

die Aussetzung des Schengen-Abkommens, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, ein zum Erliegen gekommener Bahnverkehr, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, die Vorbereitungen zur totalen Abschottung der Ägäis etc.

Ich bin kürzlich von der Schweizer WOZ gefragt worden, ob das ein Ausnahmezustand sei oder eine neue Normalität?

Es ist wohl beides. Vor allen für die Menschen, die zu uns kommen. Für die ist der Ausnahmezustand, den wir gerade erst zu erahnen beginnen, längst bittere Normalität. Das Neue ist, dass die Konflikte, mit denen sie sich herumschlagen müssen, nun auch in Europa sichtbar werden. Die Massenflucht verdeutlicht, wie sehr die Welt aus den Fugen geraten ist und wie wenig das Bemühen der Politik, das weltweite Elend von den eigenen Grenzen fern zu halten, es in den Slums und Elendslagern der Welt zu verstecken, auf Dauer gelingt.

Und so war das Scheitern der bisherigen Flüchtlingspolitik durchaus absehbar: Fast auf den Tag genau vor zehn Jahren versuchten erstmals Tausende Afrikanerinnen und Afrikanern geschlossen die Grenzzäune von Ceuta und Melilla, die spanischen Enklaven in Nordafrika zu überwinden. Viele andere wagten mit wackligen Booten die Überfahrt nach Europa. Zigtausende gerieten in Seenot. Zigtausende ertranken im Mittelmeer.

Dann sind die Diktaturen in Nordafrika, die den Job der Grenzsicherung für Europa zuvor erledigt hatten, ins Wanken geraten und schließlich hat die europäische Finanzkrise dafür gesorgt, dass auch Länder wie Griechenland und Italien

ihre Funktionen als Puffer nicht mehr ausüben können und die Dublin-Vereinbarungen heute Makulatur sind.

„Disaster's coming home“, habe ich vor einigen Jahren im medico Rundschreiben geschrieben, um deutlich zu machen, dass es letztlich eine von den mächtigen Ländern des Nordens zu verantwortende Zerstörungsdynamik ist, die in der heute massenhaften Flucht und Migration zum Ausdruck kommt.

Und eben darin liegt meiner Meinung nach auch das Beunruhigende und die Chance in den Bildern dieses Sommers: die Flüchtlinge bringen ja nicht nur die Kunde von fernen Katastrophen, sondern erzählen auch, wie unsicher die Verhältnisse in der Welt sind und wie eng Wohlstand mit Verlusten und Zerstörung einhergeht; und so halten uns die Flüchtlinge auch den Spiegel für unsere eigenen fatalen Strategien und Lebenslügen vor.

Gerade aus diesem Grunde ist es so wichtig, unser Verständnis für die Fluchtursachen zu schärfen. Wenn wir dabei auch etwas über uns herausfinden, über die europäische Politik, umso besser: für mich liegt darin die Voraussetzung dafür, dass am Ende eine andere, eine menschlichere Welt entstehen kann.

II. Ausmaß

Etwa 60 Mio. Menschen seien heute auf der Flucht, heißt es in Erklärungen von Hilfsorganisationen und in Medienberichten. Ich halte diese Zahl für weit untertrieben. Sie bezieht sich allein auf jene Menschen, die vor kriegerischer Gewalt und Verfolgung fliehen, also diejenigen, die vom UNHCR erfasst werden und deren Rechtsstellung im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention geregelt ist.

Aber das sind längst nicht alle Flüchtlinge. Hinzu kommen schon heute ca. 50 Mio. Klima- und Umweltflüchtlinge: Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen (anhaltende Dürren, steigende Meeresspiegel, etc.) ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Mit stark steigender Tendenz übrigens, ohne dass ihr Status in internationalen Ankommen geregelt wäre.

Und da ist schließlich auch eine stetig wachsende Zahl von Menschen, die ihre Herkunftsländer mit der Hoffnung verlassen, anderswo ein besseres, ein würdevolles Leben zu finden. Menschen, die auf Teilhabe drängen und sich mit der aufgezwungenen Bedeutungslosigkeit und sozialem Ausschluss nicht abfinden wollen.

Insgesamt, so schätzt man, befänden sich heute zwischen 200 und 300 Millionen Menschen unterwegs. Meist machen sie einen Mix aus verschiedenen Fluchtgründen geltend und verweisen z.B. auf fehlende Arbeit, Chancenlosigkeit, Repression, Gewalt und/oder Umweltkatastrophen.

Um eines aber gleich zu Beginn klarzustellen: Die Menschen, die den Weg nach Europa finden, sind nicht die Ärmsten der Armen. Die nämlich schaffen es in der Regel nicht einmal, ihre Dörfer zu verlassen. 300 Millionen Menschen sind seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes aufgrund von Armut gestorben. Das sind mehr als in all den Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

So vielfältig und komplex die heutigen Fluchtgründe sind (wir werden sie gleich noch im einzelnen untersuchen), so wenig geben die bestehenden internationalen Abkommen eine dem Ausmaß von Flucht und Migration angemessene Antwort. Die Genfer Flüchtlingskonvention stammt aus dem Jahr 1951 und wurde damals vor dem Hintergrund des millionenfachen Leids von Kriegsvertriebenen,

Staatenlosen und politisch Verfolgten, die in den beiden Weltkriege zu beklagen waren, beschlossen. Auch heute noch hat der UNHCR alle Hände voll zu tun, um Verfolgte zu versorgen; auch deren Zahl war im letzten Jahr so hoch wie nie zuvor. Allein 12 Mio. Syrerinnen und Syren seien, so wird geschätzt, auf der Flucht.

Aber: So wichtig die GFK ist, so wenig reicht sie heute noch aus, um auf die im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung hinzugekommenen Fluchtgründen zu antworten. Es bedarf völkerrechtlicher Nachbesserung, worauf ich im Detail am Ende meiner Ausführungen eingehen werde.

Auch das Asylrecht, so zentral es ist, gibt heute keine angemessene Antwort mehr. Seine Wurzeln reichen zurück in Zeiten, die von den Auseinandersetzungen um die Schaffung bürgerlicher Demokratien geprägt waren. Damals war es in erster Linie das aufstrebende Bürgertum selbst, das sich gegenseitig Asyl gewährte. Asyl bekamen die intellektuellen Gegnerinnen und Gegner repressiver Regime, aufgeklärte Lehrer, verfolgte Journalisten, Künstlerinnen, Literaten, nicht aber die vielen kleinbäuerlichen Familien, die im Zuge der Industrialisierung ihre Lebensgrundlagen verloren hatten.

Viele der damals entwurzelten Menschen konnten in Amerika und den Kolonien ihr Glück suchen. Wege, die den Flüchtlingen aus dem Süden heute erst einmal verwehrt sind.

Aber auch heute noch suchen Menschen aufgrund von Verfolgung Asyl, weshalb wir allen Grund haben, uns für ein umfassendes Asylrecht stark zu machen. Die unselige Debatte über vermeintlich sichere Herkunftsländer verweist auf das Problem, um das es geht: Warum sollten Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, mehr Anerkennung erfahren, als Menschen, die aufgezwingenem Elend und Perspektivlosigkeit zu entkommen versuchen? In meinen Augen ist es eine moralische Bankrotterklärung, letztere als „Sozialschmarotzer“ zu denunzieren, die am Ende den „guten“ Kriegsflüchtlingen die Plätze wegnehmen.

Wer so argumentiert, hat nicht mehr die fliehenden Menschen mit ihren Schicksalen im Blick, sondern setzt allein darauf, die sog. „Flüchtlingskrise“ bürokratisch zu verwalten bzw. in den Griff zu bekommen.

Ja, es sind große Herausforderungen, die vor uns liegen, aber es wird nicht reichen, ihnen mit Sozialtechnik, verwaltungsmäßig definierten Obergrenzen und am Ende höheren Mauern und Zäunen zu begegnen, wie es sich jetzt abzeichnet.

(hier Einschub zur aktuellen Politik: Merkel – Abschottung funktioniert nicht, richtig: Innenminister aber wollen genau das – bad guy, good guy Motiv aus Polizeikrimis und Folterpraxis)

Die von der Europäischen Union in diesen Tagen debattierte Errichtung von Auffanglagern zur Konzentration von Flüchtlingen ist ein gravierender Verstoß gegen die Menschenrechte, egal, ob diese Lager nun als sog. Hot Spots in Südeuropa entstehen sollen oder vorlagert z.B. in der Türkei. Dass im Gegenzug zu Erdogans Bereitschaft, die Grenzen nach Europa dicht zu machen, die Türkei selbst zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden soll, beschreibt die ganze Infamie dieses Deals. Kurdinnen und Kurden, die in der Türkei offenkundig verfolgt werden, können künftig kein Asyl mehr bekommen.

Und da ist noch ein weiteres: Flüchtlingsorganisationen, darunter auch die Partner von medico verweisen auf die Gefahr, dass Menschen in den neuen Lagern dauerhaft eingeschlossen zu werden. Die Lage in Afghanistan, der Krieg in Syrien - beides hat alle Voraussetzungen, sich in eine lang anhaltenden Bürger- und Stellvertreterkrieg auszuweiten. Die Sorge vieler Flüchtlinge, auf Dauer in unwirtlichen Zeltstädten zu verschwinden, ist berechtigt.

Durchschnittliche Verweildauer liegt bei über 17 Jahren.

Kann aber noch viel länger sein: denken sie an die palästinensischen Flüchtlinge, die seit bald 60 Jahren in Lagern leben. Vor ein paar Wochen habe ich Gaza besucht. Bald 2 Mio. Menschen leben dort in einem eingezäunten Fleck Land, das wie ein großes Gefängnis anmutet, ein Gefängnis für Menschen, für die es anderswo keinen Platz mehr zu geben scheint.

Meine erste Reise für medico führte mich übrigens 1980 in die Flüchtlingslager der Sahrauis. Heute, 35 Jahren später, existieren die Lager in die Geröllwüste im Südwesten Algeriens noch immer. Viele der heute dort lebenden Menschen haben nie etwas anderes erfahren als diese unwirtliche Flüchtlingsexistenz.

Die Errichtung weiterer solcher Lager ist eine menschenrechtliche Katastrophe. Denn nicht nur das nackte Überleben, sondern auch das Recht auf ein würdevolles Leben stellt ein universelles Menschenrecht dar. Nicht ohne Grund erkannte bereits die amerikanische Unabhängigkeitserklärung im „pursuit of happiness“, dem Streben nach Glück, ein Recht, das allen zusteht - das Recht, für sich und die eigenen Familien ein gutes Leben - unter voller Verwirklichung aller sozialer und wirtschaftlicher Rechte - zu beanspruchen.

Sie mögen einwenden, dass sich solche sozialen Rechte auf nationale Zuständigkeiten beziehen, und es die jeweiligen Länder sind, die in der Pflicht zu ihrer Verwirklichung stehen. Ja, das stimmt im Prinzip, aber es findet sich in der UN-Menschenrechtserklärung eben auch der Artikel 28, der festlegt, dass allen Menschen das Recht haben auf – und ich zitiere - „eine soziale und internationale Ordnung, in der die Rechte und die Freiheit, die mit der Erklärung in Kraft treten, auch voll verwirklicht sind“.

Ein Paragraf von großer Weitsicht, der es allerdings in sich hat. Wäre je der Versuch unternommen worden, ihn zu verwirklichen, die Welt sehe heute anders aus. Gefordert ist ja nicht ein abstraktes Recht, sondern eine soziale und - wohlgemerkt: - eine internationale Ordnung, in der die Menschenrechte verwirklicht sind.

Von einer solchen internationale Ordnung sind wir heute weit entfernt; sie müsste vor allem eines: sie müsste der Tatsache einer globalisierten Welt Rechnung tragen, zu der eben auch eine neue Form weltweiter Migration zählt. Das zu akzeptieren, zu akzeptieren, dass Globalisierung auch Migration mit sich bringt, stellt wohl die größte Herausforderung dar, der sich Nationalstaaten heute stellen müssen. Globalisierung geht nicht ohne Migration.

III. Globalisierung

Die Welt ist mit der Globalisierung zwar näher zusammengerückt, doch zeigt sie sich heute gespaltenener denn je. Hier der reiche globale Norden mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorherrschaft, dort der globale Süden, die Zonen des Elends, der Chancenlosigkeit und Ausgrenzung.

Für die Bewohnerinnen und Bewohner des globalen Nordens ist weltweite Bewegungsfreiheit nicht nur selbstverständlich, sondern nachgerade die Grundlage für eine hochflexibel gewordene Existenz. Dagegen genießen die Bewohnerinnen und Bewohner des globalen Südens, die in ihrer Entwurzelung zwar gleichfalls nirgendwo mehr richtig zu Hause sind, alles andere als Freizügigkeit.

Zygmunt Bauman, der polnisch-britische Philosoph, sprach in diesem Zusammenhang von zwei Kategorien von Menschen, die mit der Globalisierung entstanden seien: von „Touristen“ auf der einen Seite und „Vagabunden“ auf der anderen. (Verweis auf Bilder)

Eine Anekdote dazu: Vor einigen Jahren war ich zu Gast im ARD Morgenmagazin. Ein Teilnehmer der Rallye Paris-Dakar war auf eine Mine gefahren; Anlass genug für den Sportmoderator, mich zu den Gefahren zu befragen, denen Rallyeteilnehmer in der Westsahara ausgesetzt seien. Ich hatte nur die eine Antwort: nämlich, dass das eigentliche Abenteuer nicht die Fahrt in klimatisierten Rennautos von Paris Dakar sei, sondern die Hindernisse, die Flüchtlinge auf dem umgekehrten Weg, dem Weg von Dakar nach Paris zu bewältigen haben.

Daran musste ich übrigens denken, als in diesen Tagen auf deutschen Bahnhöfen ankommenden Flüchtlingen applaudiert wurde. Eine ambivalent anmutende Atmosphäre, denn natürlich hat die Flucht von Menschen nichts von einem sportiven Ereignis.

Aber zurück zu Globalisierung: Lässt man das euphemistische Gerede vom global village mal beiseite, entpuppt sich die Globalisierung – so wie sie bislang stattgefunden hat – zuallererst als eine ökonomische Strategie. Ziel war nicht die Schaffung von weltbürgerlichen Verhältnissen, sondern die Wiederankurbelung der in den 1970er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung.

Damals schienen die Grenzen des Wachstums nahe und das Erzielen von Rendite nur noch über die Senkung der Produktionskosten möglich. Erreicht wurde dies unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien, aber auch über der Internationalisierung der Produktionsabläufe. Investiert wurde damals bevorzugt dort, wo Subventionen und Steuerbefreiungen lockten, wo die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering waren, mit anderen Worten: wo größere Profitmargen winkten. Entsprechend wurden Arbeitsplätze in die Billiglohnländer des Südens verlagert, die Firmen selbst grenzüberschreitend verschachtelt.

Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Nicht die Freizügigkeit der Menschen war das Programm der Globalisierung, sondern die Freiheit von Waren und Geldströmen. Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem Trickle-down-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Gerade einmal ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt heute die Hälfte des weltweiten Vermögens.

Inzwischen musste übrigens auch das Davoser Weltwirtschaftsforum eingestehen, dass mit der Globalisierung das Risiko für sozialen Ausschluss zugenommen hat, - freilich ohne Vorschläge für eine andere Politik zu machen. Und so schreitet die Krise voran und schauen Politiker immer wieder erstaunt auf Entwicklungen, die sie selbst verursacht haben:

z.B. auf 1,2 Milliarden Menschen, die heute einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf mit weniger als einem Euro am Tag führen;

oder auf über 800 Millionen Menschen, die Hunger leiden, obwohl die weltweite Nahrungsmittelproduktion es längst zuließe, 12 Mrd. Menschen, also nahezu das Doppelte der derzeitigen Weltbevölkerung zu ernähren.

In solchen Zahlen spiegelt sich der gegenläufige Prozess, mit dem sich die Globalisierung vollzogen hat; sie hat einerseits die Welt in ein globales ökonomisches System integriert, zugleich aber große Teile der Weltbevölkerung sozial ausgegrenzt, überflüssig gemacht. Das ist nicht die soziale und internationale Ordnung, die Artikel 28 der Menschenrechtserklärung fordert.

Schauen wir aber genauer hin, schauen wir auf die sozialen Schäden, die die neoliberale Transformation der Welt angerichtet hat.

Um die damals mitunter hoch verschuldeten Länder des Südens in die Weltwirtschaft einbinden zu können, wurden ihnen von Weltbank und dem Internationale Währungsfonds (IWF) drastische Einschnitte in der Sozialpolitik aufgezungen, - so z.B. die Abschaffung subventionierter Grundversorgung oder die Privatisierung öffentlicher Institutionen. Vielerorts haben die Strukturanpassungsprogramme zu einer fast vollständigen Aushöhlung öffentlicher Daseinsvorsorge geführt. Budgetmittel, die zur Finanzierung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung notwendig gewesen wären, flossen in den Schuldendienst, wenn nicht in den Aufbau von Sicherheitsapparaten zum Schutz jener lokalen Eliten, die nach außen die weltwirtschaftliche Integration ihrer Länder garantierten.

Nicht demokratische Gemeinwesen konnten sich so herausbilden, sondern autoritäre Herrschaftsverhältnisse, - bestimmt von Klientelismus und Patronagenwesen.

In nicht wenigen Ländern ist es schließlich zu einem vollständigen Zusammenbruch staatlicher Strukturen gekommen, - was der Willkürherrschaft von Warlords, Rebellen, weltweit operierenden mafiösen Strukturen und/oder multinationalen Konzernen Tür und Tor öffnete.

Wenn sich Herrschaft aber nicht mehr über demokratische Teilhabe legitimieren kann, bleibt ihr zum Erhalt ihrer Macht meist nur noch repressive Gewalt und jener Populismus, den wir heute allenthalben auf dem Vormarsch sehen; ein Populismus, der auf Abgrenzung setzt und Feindbilder schürt.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn sich soziale Probleme ethnisch aufladen und schließlich zu Bürgerkriegen führen. Auch von solchen Entwicklungen bekommen wir mit Pediga und ihren Handgreiflichkeiten gegen selbst Rote Kreuz Mitarbeiter eine erste Ahnung auch im eigenen Lande.

V. Europa

Aber zurück nach Afrika, zurück zur Frage, wer heute dafür verantwortlich ist, dass so viele Afrikanerinnen und Afrika heute über Chancen- und Perspektivlosigkeit klagen. Warum ist ein so reicher Kontinent wie Afrika heute wirtschaftlich so schwach?

Es mag paradox anmuten, aber die Armut Afrikas erklärt sich aus seinem Reichtum. Einem Reichtum an Ressourcen, der seit den frühen Tagen der kolonialen Eroberung Afrikas Begehrlichkeiten ausgelöst hat. Mali beispielsweise ist der drittgrößte Goldproduzent Afrikas, doch zugleich eines der ärmsten Länder der Welt. Die Erlöse aus dem Goldgeschäft sind immens, aber nur ein Bruchteil davon kommt der malischen Bevölkerung selbst zugute. Die Profiteure leben im Ausland; sie kontrollieren aber nicht nur das Goldgeschäft in Mali, sondern auch den Abbau von Diamanten in Westafrika, die Ausbeutung von Rohstoffen im Kongo, den Export von Tropenholz, etc. Garant dafür, dass der Raubbau an Ressourcen ungehindert funktioniert, ist die Korruption, zu der bekanntlich immer zwei gehören: korrupte nationale Eliten, aber eben auch schmierende internationale Akteure.

Seit einigen Jahren richtet sich die Begierde ausländischer Investoren immer stärker auch auf Agrarflächen. Das schnell wachsende Geschäft mit Biodiesel, aber auch die explosionsartige Verteuerung von Nahrungsmitteln haben – etwa entlang der fruchtbaren Ufer des Nigers – einen regelrechten Landrausch in Gang gesetzt. Zahlungskräftige Golfstaaten, Agromultis, aber auch Hedgefonds haben damit begonnen, sich die fruchtbarsten Agrarflächen unter den Nagel zu reißen.

Für diesen flagranten Landraub tragen übrigens auch die G7/G8-Staaten Verantwortung. Auf ihrem Gipfel 2012 haben sie beschlossen, weltweit einer industrialisierten Landwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen – angeblich, um die Ernährungssicherheit der Menschen zu fördern, tatsächlich aber um den Expansionsbedürfnisse der längst transnational agierenden Agroindustrie zu entsprechen.

Die Folgen für die afrikanische Landbevölkerung sind immens: immer mehr Kleinbauern verlieren ihr Land, werden entrechtet und, wenn sie Glück haben, zu Tagelöhnern. Das, was die Ernährungssicherheit Afrikas trägt, die kleinbäuerlichen Landwirtschaft, wird zunehmend zerstört. Davon nehmen wir hier kaum Notiz.

Wenn uns heute Nachrichten aus dem afrikanischen Sahel erreichen, dann vielleicht, weil Boko Haram wieder Zivilistinnen und Zivilisten massakriert hat, nicht aber, weil Millionen von Menschen nicht mehr wissen, ob sie sich morgen noch ausreichend ernähren können.

Eine Studie des „Institut für Welternährung“ hat kürzlich den Nachweis geführt, wie auch die Entwicklungspolitik der Bundesregierung die Flüchtlingsbewegungen aus Afrika massiv verstärkt. Im Rahmen der auch von Bundesregierung finanzierten „New Alliance für Food Security and Nutrition“, einer Public-Private Partnership zwischen Regierungen und private Sektor, die auf eine Umstrukturierung der afrikanischen Landwirtschaft nach europäischem Vorbild setzt, würden in den kommenden Jahren mehr als 100 Millionen Kleinbauern ihrer Existenz beraubt.

Zu den gravierendsten Problemen Afrikas zählt eine nur schwach entwickelte industrielle Produktion. Afrika exportiert Rohstoffe und Agrargüter, darunter z.B. Zucker oder Baumwolle, verfügt aber nicht über die Möglichkeiten, z.B. T-Shirts so zu verarbeiten, dass sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wären. Der Anteil der Fertigprodukte am Gesamtexport ist verschwindend gering und weist sogar fallende Tendenz auf. Heute liegt er bei 0,8%.

Über 99% der Fertigprodukte kommen aus dem Ausland: T-Shirts aus China, industriell gefertigte Lebensmittel aus Europa, Arzneimittel von multinationalen Konzernen, usw.

Afrika liefert das für die Handy-Produktion notwendige Coltan, die Handys selbst kommen aus Japan oder den USA.

Auch in Afrika werden T-Shirts und Lebensmittel produziert. Sie sind aber teurer, als die aus dem Ausland importierten. Mit der Massenware, die aus China kommt, können afrikanische Produzenten nicht mithalten – zumindest so lange nicht, wie sie nicht durch protektionistische Maßnahmen geschützt würden: durch hohe Importzölle auf Fertigwaren aus dem Ausland z.B. oder durch Subventionen.

Genau ein solcher Protektionismus aber ist den meisten afrikanischen Regierungen untersagt. Das ist der Kern aller bilateralen Außenhandelsabkommen, die afrikanischen Ländern in den zurückliegenden Jahren aufgezwungen wurden, darunter auch die Economic Partnership Agreements mit der EU.

Darin ist vertraglich geregelt, was die die Flucht von Menschen antreibt: nämlich, dass Europa für den Zugriff auf relevante Rohstoffe kaum Steuern zahlen muss und auch Waren zollfrei nach Afrika exportieren kann, Afrika im Gegenzug aber allerlei Lizenzgebühren zahlen muss: für patentgeschütztes Saatgut z.B., für Arzneimittel, Kommunikationstechnologie usw.

Der systematische Transfer von Ressourcen aus den Ländern des Südens nach Norden, der mit den kolonialen Raubzügen begann, hält bis heute an. Das lässt sich auch beziffern: Etwa 140 Mrd. Dollar gehen alljährlich dem Süden durch Steuergeschenke an internationale Investoren verloren; 51 Mrd. Dollar verschwinden in Steueroasen; ca. 500 Mrd. Dollar transferieren multinationale Unternehmen aus Produktionsstätten im Süden an ihre Aktionäre im Norden; und fast 1 Billion Dollar gehen in den Schuldendienst bzw. werden in Staatsanleihen im Norden angelegt. All das zusammen übersteigt die Geldflüsse von Nord nach Süd. Die Liberalisierung der globalen Waren- und Finanzströme hat den Norden zum Netto-Empfänger gemacht. Auch darin liegt der Grund, warum Menschen auf der Suche nach Lebenschancen heute ihre Herkunftsländer verlassen.

Apropos: Steueroasen! - Ist Ihnen aufgefallen, wie gerne Länder wie Luxemburg oder die Niederlande den Vermögenden dieser Welt behilflich sind, wenn es darum geht, die Steuerflucht zu organisieren? Und müssten wir nicht in Firmen wie PriceWaterhouseCoopers, die offen mit der Kompetenz der Steuer- vermeidung werben, die wahren Schleuserbanden sehen, die es zu bekämpfen gilt?

Aber wie gesagt: Nicht die Freizügigkeit der Menschen war das Programm der bisherigen Globalisierung, sondern nur die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs.

Solange nicht die Privilegien des Norden tangiert sind: Denn wie wenig das Liberalisierungsdogma gilt, wenn es um den eigenen Vorteil geht, machen die Exportsubventionen deutlich, mit denen sich die Industrieländer in den zurückliegenden Jahren massive Wettbewerbsvorteile verschafft haben. Rund 350 Mrd. US-Dollar standen dafür jährlich zur Verfügung, etwa eine Mrd. Dollar pro Tag. Mit Wirtschaftsliberalismus hat das nichts zu tun.

So absurd es klingt: Auf vielen Märkten Afrikas ist das Gemüse, das in Europa gezogen wird, um durchschnittlich ein Drittel günstiger als Produkte aus heimischem Anbau. Das hat weitreichende Konsequenzen für die Landwirtschaft Afrikas: Viele lokale Produzenten, die dem europäischen Agrardumping nichts entgegenzusetzen haben, müssen aufgeben. Ausgerechnet unter der kleinbäuerlichen Landbevölkerung Afrikas grassiert heute der Hunger.

Die Abhängigkeit des Südens von einzelnen aus Europa importierten Waren ist inzwischen so groß, dass europäische Exportsubventionen eigentlich nicht mehr notwendig sind. Dort, wo die lokale Konkurrenz verschwunden ist, kann der Norden über höhere Preise auch so ausreichend Profit erwirtschaften. So überrascht es wenig, dass die EU-Kommission jüngst eine Kürzung der Agrarsubventionen angekündigt hatte. Mit Einsicht in die fatalen Folgen solcher Begünstigungen aber hat das nichts zu tun. Denn ohne viel Aufhebens davon zu machen, hat die EU zugleich die Zuschüsse für den Fleischexport massiv erhöht. Heute gehen 40 Prozent des europäischen Hühnerfleisches nach Afrika. Und auch der globale Fleischmarkt verspricht weitere Zuwachsraten – Fleisch aus konventioneller Massentierhaltung zerstört so weltweit die Existenzgrundlage von Kleinbauern.

Besonderes Augenmerk verdienen die Fischereiabkommen, die die EU beispielsweise mit Ländern entlang der westafrikanischen Küste geschlossen hat. Bei solchen Abkommen geht es um einen finanziellen Ausgleich für überlassene Fangrechte. Das muss nicht per se schlecht sein; selbst Nachhaltigkeitskriterien könnten Berücksichtigung finden, wenn Überschüsse an Fisch an ausländische Trawler verkauft würden. Tatsächlich aber gibt es gar keine funktionierende Überwachung der afrikanischen Fischbestände. Jenseits jeglicher Kontrolle verkaufen westafrikanische Regierungsvertreter Fangrechte, um sich selbst zu bereichern, den eigenen Wahlkampf zu finanzieren oder das Patronagesystem zu bedienen.

Den westafrikanischen Kleinfischern aber brachten die schwimmenden Fischfabriken aus Europa und Asien das Aus. Tausende von Piroggen, mit denen sie früher ausgefahren sind, verrotten nun an den Stränden. Sie taugen nicht einmal mehr für die gewagten Überfahrten zu den Kanarischen Inseln, um Migrantinnen und Migranten nach Europa zu bringen.

IV. Kriege

Dass aus solchen Spaltungen Gewalt resultiert, sollte nicht überraschen. Sie bleibt heute nicht mehr nur auf die Länder des Südens beschränkt.

In ihrer Verunsicherung suchen überall auf der Welt immer mehr Menschen ihr Heil in populistischen und/oder religiös-fundamentalistischen Bewegungen. Wir beobachten das im Zuwachs nationalistischer Parteien in Europa ebenso wie in der größer werdenden Resonanz von fundamentalistischen Bewegungen, z. B. in brasilianischen Favelas, von Erweckungspredigern in den USA und eben von Dschihadisten im Nahen und Mittleren Osten.

Solche Bewegungen stiften Identität und entsprechen dem Bedürfnis nach Teilhabe und Schutz. Der Preis freilich ist hoch: er liegt in der Abgrenzung von Andersdenkenden und einer voranschreitenden Polarisierung von Gesellschaften. Nicht Versöhnung ist dann das Ziel, sondern Spaltung. Spaltungen, die sich die konkurrierende Machtblöcke zu Durchsetzung ihre jeweiligen Interessen nutzbar machen. Exemplarisch ist das in der heutige Ukraine zu sehen.

Dabei standen nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes die Chancen für einen echten Multilateralismus nicht einmal schlecht. Er ist gescheitert nicht zuletzt aufgrund jener kriminellen amerikanischen Außenpolitik, die auf fataler Weise der Illusion vom Ende der Geschichte ausgesessen war und in der Politik militärischer Interventionen fast schon so etwas wie einen religiösen Auftrag gesehen hatte.

In der Bush-Ära übernahmen Militärs den Job der Diplomaten, wobei es nicht unbedingt um territoriale Eroberungen ging, sondern in erster Linie um die Durchsetzung amerikanische Ordnungsvorstellungen, darunter zuvorderst das neoliberale Wirtschaftsmodell.

Wenn dabei die Gemeinwesen ganzer Länder an den Rand des Abgrunds geführt wurden, galt dies als ein lässlicher Kollateralschaden. Das Ergebnis zeigt sich heute in Somalia, Afghanistan, dem Irak, aber auch in Syrien. In einer ausufernden Gewalt und eben Menschen, die sich scharenweise auf den Weg machen. 2 Mio. Afghanen drängen zur Zeit nach Europa.

VI. Globalisierung von unten

Für immer mehr Menschen bietet die Flucht nach Europa die letzte Hoffnung, dem Elend zu entfliehen. Dabei sind die Flüchtlinge und Migranten aber nicht nur Opfer; sie sind auch politisch Handelnde, die auf eine andere, seine soziale Globalisierung beharren

Die Leute im Süden wissen sehr genau, dass es die weltpolitischen Verhältnisse und der Weltmarkt sind, die jederzeit, ob mittel- oder unmittelbar, über Erhalt und Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen entscheiden können. Die Chancen, in einer aus den Fugen geratenen Welt dennoch überleben zu können, sind natürlich höher, wenn es Familien gelingt, einzelne ihrer Mitglieder über die Welt zu verteilen und so auch in den prosperierenden Länder des Nordens Fuß zu fassen. Eine Krankenschwester auf den Philippinen verdient durchschnittlich 146 US-Dollar im Monat. In den Golfstaaten sind es schon 500 Dollar, in den USA schließlich 3000 Dollar. Da ist es kein Wunder, dass in den letzten Jahrzehnten Tausende von philippinischen Krankenschwestern ausgewandert sind. Viele Familien auf den Philippinen überleben nur deshalb, weil sie wenigstens eine Tochter im reichen Norden unterbringen konnten.

Und so drücken sich in der weltweiten Migration eben nicht nur Ungleichheit und die Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch ein Beharren auf ein Leben in Würde, eben „Globalisierung von unten“.

VII. Sicherheitsimperialismus

Genau dieser Aspekt der Globalisierung aber ist den Sicherheitspolitikerinnen und -politikern des Nordens ein Dorn im Auge. Um jeden Preis wollen sie die globale Migration unter Kontrolle halten.

Dazu war in den vergangenen Jahren ein Migrationsmanagement aufgebaut worden, das sich auf Selektion und Abschottung weit vor den EU-Außengrenzen gründete. Dieses System ist in den letzten Monaten erkennbar zusammengebrochen. Ob dauerhaft oder nur vorübergehend, ist noch nicht entschieden. Fieberhaft arbeitet die europäische Kommission derzeit an einem Aktionsprogramm, mit der Flucht und Migration wieder unter Kontrolle gebracht werden sollen. Seit vorgestern gibt es Grünes Licht für die militärische Bekämp-

fung von Schleusern. Auch stehen auf einmal viele Milliarden zur Verfügung, um den Nachbarländern Syrien bei der Versorgung von Flüchtlingen zu helfen.

Zugleich werben Vertreter von Industrie und Politik, gestern z.B. Müntefering dafür, in Flüchtlingen, die zu und kommen auch einen „volkswirtschaftlichen Nutzen“ zu sehen. Um das deutsche Sozialversicherungssystem zu sanieren zu können, müssten jährlich 500.000 Menschen zuwandern.

Und so entpuppt sich das EU-Grenzregime als Ausdruck eines „Sicherheitsimperialismus“, der auf Integration einiger weniger bei gleichzeitiger Exklusion vieler anderer zielt. Dass dabei die globalen Spaltungsverhältnisse weiter verschärft werden, wird billigend in Kauf genommen.

Bemerkenswert ist, dass man sich in Brüssel und Berlin der Gefahren, die aus der voranschreitenden Vernichtung von Lebensgrundlagen resultieren, durchaus bewusst ist, sie aber – wenn überhaupt – nur am Rande mit der eigenen Politik in Beziehung setzt.

Nicht die ungerechten wirtschaftlichen Austauschverhältnisse, nicht die Spekulation mit Nahrungsmitteln und auch nicht das neoliberale Austeritätsdiktat gelten als Gefahren für die globalen Verhältnisse, sondern das, was daraus resultiert: der Staatszerfall, der Bevölkerungsdruck, die Verstädterung, die Migration, die Piraterie.

Wenn Politiker heute von Fluchtursachenbekämpfung reden, meinen sie nicht wirklich eine Bekämpfung der Ursachen, sondern noch immer nur die Bekämpfung der Flucht. Dabei scheinen offenbar alle Mittel erlaubt. Entwicklungspolitische ebenso wie der „Pakt mit Despoten“, wenn es darum geht, Flüchtlinge in ihren Herkunftsregionen zurückzuhalten. Und auch die Idee von großen Lagern, die bereits in Afrika entstehend sollen, ist zurück auf der Agenda, sollen sie nun „Begrüßungszentren“ heißen, wie Anfang der 2000er Jahre der damalige Bundesinnenminister Otto Schily vorgeschlagen hatte, oder „humanitäre Schutzrichtungen“, um Flüchtlinge aus den Fängen der Schleuser zu retten, wie es Thomas DeMaiziere in diesem Jahr wollte.

Ein Prototyp solcher Lager, das Spanien in den zurückliegenden Jahren auf mauretanischem Staatsgebiet unterhalten hatte, wurde übrigens kürzlich geschlossen. Zu laut waren die Proteste angesichts unhaltbarer Zustände. Im Volksmund hieß das Lager nur noch „Guantanamo“.

Deutlich wird, dass all das Bemühen der wohlhabenden Länder um Fluchtursachenbekämpfung und Migrationsmanagement von einer ganz einfachen Frage angetrieben wird: Nämlich, wie kann man sich jene Menschen vom Leib halten, für die es in den profitablen Zonen der Welt keinen Platz zu geben scheint?

VI. Was tun?

Ich möchte schließen mit Vorschlägen, was stattdessen zu tun wäre. Für uns bei medico ist dabei die Orientierung an einem doppelten Recht ausschlaggebend: das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen. Erstes bezieht auf die Schaffung von Lebensumständen, die überall auf der Welt ein würdevolles Leben zulassen. Letzteres auf globale Freizügigkeit. Die beiden Rechte sind unverkennbar miteinander verwoben. Ohne Freizügigkeit wird es keine weltbürgerlicher Verhältnisse geben, aber Freizügigkeit wird auch dann erst vollkommen sein, wenn die Welt nicht länger von sozialen Spaltungen geprägt ist,

wenn es nicht Krieg und die Zerstörung von Lebensbedingungen sind, die Menschen zur Flucht zwingen.

Eine andere, ein solidarische Welt ist das Ziel, und auf dem Weg dahin sind viele Schritte zu gehen.

Es beginnt damit, Menschen, die bei uns Schutz suchen, mit Solidarität zu begegnen und sie als Menschen mit Bedürfnissen und Rechten anzuerkennen. Damit ist ein komplett anderer Begriff von Anerkennungskultur gemeint, als der, den Thomas DeMaiziere letzte Woche ins Spiel gebracht hatte

Ohne Zurückdrängung der neoliberalen Ideologie wird das nicht gehen. Wo nur Nützlichkeits erwägungen und Egoismus herrschen, geht der Respekt vor der Würde der anderen verloren.

Das Recht auf ein würdevolles Leben aber verlangt mehr als Charity, es bedarf auch der Untermauerung durch funktionierende Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge.

Weil es keinen Grund gibt, Menschen, die hier Zuflucht gefunden haben, als Menschen zweiter Klasse zu behandeln, müssen auch Flüchtlinge und Migranten Zugang zu einem umfassenden Gesundheitsschutz haben. Eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge, wie sie derzeit in der Debatte ist, weist in die richtige Richtung. Nur müsste sie, dem Bremer Modell folgend, Zugang zum vollen Leistungsangebot ermöglichen. Was - nebenbei bemerkt - sogar kostengünstiger wäre, weil der ganze Verwaltungsaufwand, der mit dem bisherigen Antragswesen verbunden war wegfallen würde.

Jetzt, wo mit der Ankunft der Flüchtlinge die Frage nach Wohnraum auftaucht, wird auf einmal deutlich wie falsch es gewesen ist, das öffentliche Anliegen Wohnen immer mehr der Privatwirtschaft zu überantworten. 6 Mio. Sozialwohnungen gab es einmal in Deutschland, jetzt sind es nur noch 1,4 Mio. Unter solchen Umständen ist die Sorge eines neuen Häuserkampfes, in dem Flüchtlinge gegen Obdachlose ausgespielt werden, nicht von der Hand zu weisen. Ohne eine massive Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, wird es keine Lösung geben. Steht stellvertretend für Bildung, etc.

Dann geht es um die Schaffung konkrete Alternativen zur gegenwärtigen Abschottungspolitik. Wer wirklich etwas gegen den Menschenhandel unternehmen will, sollte nicht mit militärischen Mitteln die Boote der Schleuser bekämpfen, sondern legale und sichere Migrationswege eröffnen.

Dabei ist - ich habe es ganz zu Beginn bereits angedeutet - die Rechtsstellung von Flüchtlingen an die heutigen Verhältnisse anzupassen Überfällig sind internationale Abkommen, die etwa den Schutz von Klima- und Umweltflüchtlingen oder die Migration von Fachkräften regeln.

Um schließlich dem Recht zu bleiben zu entsprechen, ist ein grundlegender Politikwechsel nötig, der weit über das gegenwärtige Krisenmanagement hinausreicht. Solange auf die wachsende Spaltung der Welt mit mehr Abschottung, höheren Mauern und immer neuen Sicherheitstechnologien reagiert wird, geht die Entwicklung notwendig in die Irre.

Notwendig ist eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt fördert, statt ihn zu unterminieren. Dazu braucht es freilich mehr als wohlfeile Sonntagsreden. Erforderlich ist die Schaffung von normativen und materiellen Voraussetzungen

für ein gemeinwohlorientiertes Zusammenleben auch auf globaler Ebene. Zugeben, auch das ist eine Herausforderung, aber eben eine, an der kein Weg vorbeigeht. Notwendig ist die internationale Angleichung von Arbeits- und Sozialstandards, eine effektive Regulierung umweltschädigender Produktion, die Bekämpfung der Steuerflucht, die Revision bereits bestehender Freihandelsabkommen und die Verhinderung neuer wie z.B. TTIP, und dann nicht zuletzt auch die Gewährleistung von sozialen Sicherungssystemen für alle Menschen an allen Orten der Welt, beispielsweise über einen solidarisch finanzierten Internationalen Fonds für Gesundheit, der – wie der deutsche Landesfinanzausgleich – dafür sorgt, dass auch ärmere Länder imstande sind, ihren Bevölkerungen Zugang zu einem umfassenden Gesundheitsschutz zu ermöglichen.

Vor allem aber bedarf es einer radikalen Veränderung der herrschenden Produktions- und Konsumverhältnisse. Denn solange sich die Schaffung von Wohlstand auf der Ausbeutung anderer gründet und die Sicherung eigener Privilegien mit Ausgrenzung einhergeht, werden die globalen Spaltungsverhältnisse anhalten.

Notwendig ist die Herausbildung einer „Nicht-imperialen Lebensweise“, die andere individuelle Konsumgewohnheiten ebenso umfasst, wie die Rückbesinnung auf eine Ökonomie, die nicht von partikularen Profitinteressen angetrieben wird, sondern sich auf die Verwirklichung globaler sozialer Recht bezieht.

Erst dann wäre das doppelte Recht verwirklicht: das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben – ohne dafür das eigene Leben aufs Spiel zu setzen.